

Inhaltsübersicht

Abkürzungen XLI

Literatur XLV

Dokumente LV

Entscheidungen LXV

Einführung 1

- A. Gang der Untersuchung 2
- B. Dezentrale Kontrolle internationaler Organisationen 2
- C. Nationale Vergabesperren 4
 - I. Auftragssperren in Bundesrepublik und EU 4
 - II. Vergabesperren der USA 12
 - III. Grundlegende Gemeinsamkeiten 16

**Kapitel 1 – Entwicklung der Korruptionsbekämpfung
in der Weltbank** 17

- A. Die Institution Weltbank 17
 - I. Der Begriff Weltbank und die Weltbankgruppe 17
 - II. Die Tätigkeit der Weltbank 19
 - III. Rechtspersönlichkeit 21
- B. Beginn der Korruptionsbekämpfung in den 1990ern 23
 - I. Armutsbekämpfung durch Korruptionsbekämpfung 24
 - II. Grundlage der Korruptionsbekämpfung in den Gründungsverträgen der Weltbank 25

C. Erstes formalisiertes Sanktionsverfahren	26
I. Überarbeitung der Vorgaben zur Durchführung von Bankprojekten	26
II. Institutioneller Rahmen	30
D. Entwurf des heutigen Sanktionsregimes ab 2004	34
I. Neue Sanktionsorgane	34
II. Sanktionen unter Bedingungen	37
III. Richtlinienüberarbeitung 2004	38
IV. Richtlinienreform 2006	39
V. Voluntary Disclosure Program	42
E. Reformen ab 2009	43
I. Neue frühe und schnellere einstweilige Sperre	43
II. Cross Debarment	44
III. Negotiated Resolution Agreements -Die Fälle Siemens und Macmillan	48
IV. Richtlinienüberarbeitung und -neuerlass	51
V. Mehr Transparenz	53
VI. Neues Verfahrensrecht	57
F. Weitere Entwicklung	59
I. Schwierige Beurteilung der bisherigen Effizienz	59
II. Vorschläge zu institutionellen Korrekturen	62
III. Orientierung an <i>Federal Acquisition Regulation</i> der US-Regierung	64

Kapitel 2 – Voraussetzungen für die Sanktion eines Unternehmens	67
A. Rechtsgrundlagen der Sanktion	67
I. Ausdrückliche und allgemeine Vorgaben für eine Sanktion	67
II. Allgemeine Rechtsgrundsätze	75
B. Anwendungsbereich des Sanktionsregimes	84
I. Anwendbarkeit der Richtlinien auf das Bankprojekt	84
II. Persönlicher Anwendungsbereich	91

C. Definitionen sanktionswürdigen Fehlverhaltens.....	96
I. Betrug	96
II. Behinderung des Sanktionsverfahrens	105
III. Korruption.....	112
IV. Kollusion.....	118
V. Zwangsausübung.....	120
VI. Interessenkonflikte	121
D. Entschuldigung und Rechtfertigung.....	122
I. Geringe Bedeutung von Rechtfertigungsgründen	122
II. Keine Sanktion für erzwungenes Verhalten.....	122
E. Täterschaft und Sanktion von Unternehmensgruppen	123
I. Sanktion für eigenes und als eigenes zugerechnetes Fehlverhalten.....	124
II. Erstreckung der Sanktion innerhalb einer Kontrollbeziehung	132
III. Sanktion bei Rechtsnachfolge.....	138
IV. Sanktionen unabhängig von Rechtspersönlichkeit	139
F. Verjährung des Fehlverhaltens	141
I. Allgemeiner Verjährungsbeginn	141
II. Besonderer Verjährungsbeginn für Vergaberichtlinien.....	141
G. Nachweis des Fehlverhaltens.....	142
I. Sanktion bei überwiegender Wahrscheinlichkeit von Fehlverhalten.....	142
II. Beweislast INTs	143
III. Fehlen formaler Beweisregeln	144
IV. Überwiegend schriftliche Beweismittel.....	145
H. Ermessen INTs	147
I. Vorhersehbarkeit und Sachlichkeit der Sanktion.....	148
Kapitel 3 – Mögliche Sanktionen für Fehlverhalten	149
A. Mögliche Sanktionsarten	149
I. Wahl einer angemessenen Sanktionsart aus dem Katalog.....	149

II.	Rüge	151
III.	Sperre.....	151
IV.	Wiedergutmachung.....	158
B.	Streitige Sanktionsbemessung.....	159
I.	Flexible Bemessung der Sanktion nach Umständen des Einzelfalls	159
II.	Schärfere Sanktion bei Raffinesse und Komplexität des Fehlverhaltens	161
III.	Schärfere Sanktion bei Verwicklung von Amtsträgern oder Bankmitarbeitern.....	161
IV.	Mildere oder schärfere Sanktion je nach Rang des direkt verwickelten Personals.....	162
V.	Tatbeitrag und Verhältnismäßigkeit bei mehreren Beteiligten.....	166
VI.	Schärfere Sanktion bei besonderem angerichteten Schaden.....	168
VII.	Nachtatverhalten	171
VIII.	Zeitablauf.....	176
IX.	Mehrere Fälle von Fehlverhalten	193
X.	Anderweitige Sanktionen des Betroffenen.....	201
XI.	Darlegungs- und Beweislast des Betroffenen.....	201
C.	Vergleichsweise Einigungen	202
I.	Einigung auf Abschluss oder Aufschub des Verfahrens durch Vergleich.....	202
II.	Inkrafttreten des Vergleichs nach Bestätigung durch EO	204
III.	Bindung an Empfehlung des EO	205
IV.	Überwachung der Erfüllung des Vergleichs durch INT	210
D.	Gleichheit der Betroffenen	210
I.	Absicht des <i>Sanctions Board</i> zur sachlichen Gleichbehandlung aller Betroffener	210
II.	Möglicherweise Berücksichtigung außergewöhnlicher Härtefälle	211
III.	Einfluss der Unternehmensgröße auf Anrufung des <i>Sanctions Board</i>	212
E.	Angemessenheit der Sanktionen	215

Kapitel 4 – Staatliche Umsetzung der Sanktionen	217
A. Vertragliche Umsetzungspflicht der Kreditnehmer.....	217
I. Pflicht zur Umsetzung der Sanktion im Kreditvertrag	218
II. Anspruch auf Rechtsschutz nach nationalem Recht	220
III. Rechtsschutzgarantie des Völkerrechts.....	222
B. Immunität der Bank.....	241
I. Immunität der Bank für ihre Sanktionstätigkeit.....	242
II. Anspruch der Unternehmen auf Zugang zu Gericht für Klagen gegen die Bank.....	252
II. Vermeidung einer Pflichtenkollision durch angemessenen Rechtsschutz im Sanktionsregime	257
Kapitel 5 – Prüfung der Sanktion durch das Sanctions Board	259
A. Zugang zum <i>Sanctions Board</i> zur Überprüfung der öffentlichen Banksanktion	259
I. Zuständigkeit zur vorherigen Kontrolle der öffentlichen Banksanktion	259
II. Form- und Fristvorschriften.....	260
III. Beteiligung gleich- oder höherrangiger verbundener Unternehmen am Sanktionsverfahren.....	264
B. Fairness des Verfahrens.....	264
I. Anforderungen der EMRK.....	264
II. Rechtliches Gehör.....	265
III. Waffengleichheit.....	270
IV. Gleichheit vor Gericht.....	280
V. Wiederaufnahmeverfahren	281
C. Verfahren in angemessener Frist	283
I. Vorgaben der EMRK für Strafverfahren in angemessener Frist	283
II. Ähnlichkeit der Praxis des <i>Sanctions Board</i> zur Berücksichtigung einer Verfahrensverzögerung in Strafverfahren.....	284
III. Beurteilung des <i>Sanctions Board</i> nur nach den Maßstäben für Zivilverfahren.....	284

D. Öffentlichkeit des Verfahrens	285
I. Grundsätzliche Nichtöffentlichkeit der Anhörung.....	285
II. Veröffentlichung der Entscheidungen im Volltext.....	289
E. Unabhängigkeit und Gesetzlichkeit des <i>Sanctions Board</i>	291
I. Anforderungen der EMRK an ein unabhängiges Gericht, das auf Gesetz beruht	291
II. Besetzung des <i>Sanctions Board</i> mit Bankangehörigen und Außenstehenden.....	292
III. Institutionelle Sicherung der Unabhängigkeit des <i>Sanctions Board</i>	294
IV. Zusammensetzung des <i>Sanctions Board</i> bei Entscheidung einzelner Fälle.....	301
V. Beseitigung verbleibender Zweifel an der Unabhängigkeit des <i>Sanctions Board</i> durch nachprüfbare Arbeitsweise.....	306
F. Angemessenheit des Rechtsschutzes durch das <i>Sanctions Board</i>	308
I. Vernünftige Alternative zu staatlichen Gerichten	309
II. Angemessenheit der Einschränkung von Art. 6 Abs. 1 EMRK.....	310
Kapitel 6 – Rechtsschutz gegen andere Maßnahmen.....	313
A. Ermessenskontrolle durch das <i>Sanctions Board</i>	313
I. Überprüfung von Entscheidungen des ICO.....	313
II. Überprüfung von Entscheidungen INTs zur Auslegung und Erfüllung eines Vergleichs.....	316
III. Überprüfung einer Einstufung als Rechtsnachfolger des Sanktionierten	316
IV. Überprüfung der Einstufung als untergeordneter <i>Affiliate</i>	317
V. Unmöglichkeit einer Bewertung ohne Praxis	317
B. Rechtsschutz gegen einstweilige Sperren.....	317
I. Überprüfung der einstweiligen Sperre und der <i>Notice of Sanctions Proceedings</i> durch EO.....	318
II. Entscheidung über frühe einstweilige Sperre.....	322
III. Unzuständigkeit des <i>Sanctions Board</i> zur Kontrolle der EO-Entscheidungen	324

IV.	Unzureichende Unabhängigkeit des EO.....	324
V.	Rechtsschutzdefizite durch Immunität der Bank ohne interne Kontrolle des EO.....	328
VI.	Denkbare Änderungen in der kommenden Sanktionsreform.....	330
Kapitel 7 – Ergebnisse und Ausblick.....		335
A.	Verbleibende Probleme.....	336
I.	Vorgehen gegen Amtsträger	336
II.	Bedingte Sperren	337
III.	Gremien und Amtszeit	337
IV.	Einstweilige Sperre und Verfahrensdauer	338
B.	Bedeutung für Menschenrechtsschutz in internationalen Organisationen.....	338

Vollständiges Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	XLI
Literatur	XLV
Dokumente	LV
Entscheidungen	LXV
Einführung	1
A. Gang der Untersuchung.....	2
B. Dezentrale Kontrolle internationaler Organisationen.....	2
C. Nationale Vergabesperren	4
I. Auftragssperren in Bundesrepublik und EU	4
1. Zwingender Ausschluss bei strafrechtlicher Verurteilung.....	5
2. Fakultativer Ausschluss bei schwerer Verfehlung	6
3. Wirkung für das laufende Vergabeverfahren.....	7
4. Aufnahme in Korruptionsregister.....	7
5. Verfahrensübergreifende Auftragssperre.....	8
6. Rechtsschutz gegen den Ausschluss.....	10
II. Vergabesperren der USA.....	12
1. Sperre bei aktueller Unzuverlässigkeit	12
2. Wirkung der Auftragssperre	13
3. Rechtliches Gehör vor Verhängung der Vergabesperre.....	14
4. Sperre während laufender Ermittlungen.....	15
5. Administrative Agreements	16
6. Rechtsschutz	16
III. Grundlegende Gemeinsamkeiten.....	16

Kapitel 1 – Entwicklung der Korruptionsbekämpfung in der Weltbank	17
A. Die Institution Weltbank	17
I. Der Begriff Weltbank und die Weltbankgruppe	17
II. Die Tätigkeit der Weltbank	19
1. Arbeit der IBRD.....	19
2. Arbeit der IDA	20
III. Rechtspersönlichkeit.....	21
B. Beginn der Korruptionsbekämpfung in den 1990ern.....	23
I. Armutsbekämpfung durch Korruptionsbekämpfung.....	24
II. Grundlage der Korruptionsbekämpfung in den Gründungsverträgen der Weltbank.....	25
1. Treuhänderische Pflicht und Politikverbot der Gründungsdokumente.....	25
2. Entwicklung eines unpolitischen Korruptionsverständnisses	25
C. Erstes formalisiertes Sanktionsverfahren	26
I. Überarbeitung der Vorgaben zur Durchführung von Bankprojekten.....	26
1. Überarbeitung der Vergaberichtlinien.....	27
a) Verweis auf Vergaberichtlinien im Kreditvertrag.....	27
b) Erstmalige Regelung zu verbotenen Verhaltensweisen bei Bankprojekten	28
aa) Pflichten der Kreditnehmer	28
bb) Erklärungen gegenüber am Projekt Beteiligten.....	28
cc) Definition von Betrug und Korruption	29
2. Überarbeitung anderer Projektdokumente.....	29
II. Institutioneller Rahmen	30
1. Operational Memorandum 1998.....	30
a) Sanktionsentscheidung des Präsidenten auf Empfehlung des <i>Sanctions Committee</i>	30
b) Verfahren des <i>Sanctions Committee</i>	31
c) Kleine Ermittlereinheit	31

2.	<i>Sanctions Committee Procedures 2001</i>	32
a)	Ausführlicher geregeltes Verfahren.....	32
b)	Flexiblere Sanktionsmöglichkeiten.....	32
c)	<i>Department of Institutional Integrity</i>	33
d)	Bewertung als fairer Weg zu einer freien geschäftlichen Entscheidung.....	33
D.	Entwurf des heutigen Sanktionsregimes ab 2004	34
I.	Neue Sanktionsorgane.....	34
1.	Grundlegende Reform ab 2004.....	35
a)	Sanktionsempfehlung und einstweilige Sperre.....	35
b)	Anrufung des <i>Sanctions Board</i> durch Betroffenen.....	35
c)	Überzeugung der Bank von der Fairness des neuen Verfahrens.....	36
d)	Umsetzung ab 2007	36
2.	Korrekturen 2007	36
II.	Sanktionen unter Bedingungen.....	37
1.	Neuer Sanktionskatalog	37
2.	Sanktion der Lahmeyer International GmbH mit variabler Sperrdauer.....	38
III.	Richtlinienüberarbeitung 2004	38
IV.	Richtlinienreform 2006	39
1.	Kooperation mit anderen multilateralen Entwicklungsbanken....	40
2.	Neue allgemeine Antikorruptionsrichtlinien und überarbeitete Vergaberichtlinien.....	40
3.	Ausweitung des Verfahrens innerhalb der Weltbankgruppe....	41
V.	Voluntary Disclosure Program	42
E.	Reformen ab 2009	43
I.	Neue frühe und schnellere einstweilige Sperre.....	43
II.	Cross Debarment	44
1.	MDB Cross Debarment.....	44
a)	Gegenseitige Anerkennung von Sperrentscheidungen....	44
b)	Erklärung zu Grundprinzipien des fairen Sanktionsverfahrens	45

c)	Abwägung von Prozessrisiko und gesteigerter Effizienz	45
d)	Prinzipien zur Sanktionsbemessung und Behandlung von Unternehmensgruppen	46
2.	GSD Cross Debarment.....	47
III.	Negotiated Resolution Agreements – Die Fälle Siemens und Macmillan.....	48
1.	Einigung der Weltbank mit Siemens.....	48
a)	Sanktionsverfahren gegen Siemens Russland OOO	48
b)	Der Korruptionsskandal Siemens.....	49
c)	Vereinbarung zwischen Siemens-Konzern und Weltbank.....	50
2.	Einigung der Weltbank mit Macmillan Ltd.	50
3.	Regelung der Vergleichsverträge	51
IV.	Richtlinienüberarbeitung und -neuerlass	51
1.	Überarbeitung der drei bestehenden Richtlinien	51
2.	Neue eigene Richtlinien für das <i>Program for Results</i>	52
V.	Mehr Transparenz	53
1.	Öffentliche Richtlinien für die Bemessung der Sanktion	53
2.	Veröffentlichung der Sanktionsentscheidungen.....	53
3.	Erläuterungen des Sanktionsverfahrens.....	54
a)	<i>Sanctions Regime Information Note</i>	55
b)	Veröffentlichte Darstellung des Sanktionsverfahrens aus Reformprozess 2010	55
c)	Weltbankstudie von <i>Leroy</i> und <i>Fariello</i> zum Sanktionsverfahren.....	55
d)	Advisory Opinion und Sanctions Manual von LEG.....	56
VI.	Neues Verfahrensrecht	57
1.	Verfahren für Kontrolle der Bedingungen einer Sanktion.....	58
2.	Regelungen zur Dokumentübermittlung	58
3.	Verhaltenskodex für Mitglieder des <i>Sanctions Board</i>	59

F. Weitere Entwicklung	59
I. Schwierige Beurteilung der bisherigen Effizienz	59
1. Spektakuläre Erfolge INTs	60
2. Ausbaufähiger Bekanntheitsgrad des Sanktionsregimes	60
3. Auswirkungen auf Mittelverlust durch Korruption.....	61
II. Vorschläge zu institutionellen Korrekturen	62
1. Funktion des EO.....	62
2. Rechtsförmigkeit des Sanktionsregimes.....	63
III. Orientierung an <i>Federal Acquisition Regulation</i> der US-Regierung.....	64
Kapitel 2 – Voraussetzungen für die Sanktion eines Unternehmens	67
A. Rechtsgrundlagen der Sanktion	67
I. Ausdrückliche und allgemeine Vorgaben für eine Sanktion	67
1. Angestrebte Verlässlichkeit und Vorhersehbarkeit des Sanktionsregimes.....	67
2. Rechtstexte des Sanktionsregimes.....	69
3. Auslegung der Rechtstexte	70
a) Auslegungskompetenz des <i>Sanctions Board</i>	70
aa) Grundsätzliche Aufgabe der <i>Legal Vice Presidency</i>	70
bb) Vermeintliche Auslegungshoheit der <i>Legal Vice Presidency</i>	71
cc) Rechtsanwendungskompetenz des <i>Sanctions Board</i>	72
dd) Kombinierter Einfluss von <i>Sanctions Board</i> und LEG auf INT und EO	73
b) Auslegungsmethoden.....	74
II. Allgemeine Rechtsgrundsätze	75
1. Lückenfüllende Fortbildung des Sanktionsregimes nach allgemeinen Grundsätzen	75
2. Ermittlung allgemeiner Prinzipien des Sanktionsverfahrens.....	76
a) Mindeststandards einer MDB-Sanktion laut <i>MDB Cross Debarment Agreement</i>	76

aa)	Prinzipienkatalog	76
bb)	Bedeutungslosigkeit des Übereinkommens für Rechtsanwendung der Sanktionsorgane	78
b)	Grundprinzipien jeder Rechtsordnung	78
aa)	Faires Verfahren, rechtliches Gehör und unabhängige Entscheidung.....	79
bb)	Verbot widersprüchlichen Verhaltens	80
c)	Menschenrechtspakte als Rechtserkenntnisquelle.....	81
d)	Originäre Rechtsprinzipien des Sanktionsregimes	82
3.	Vorrang der ausdrücklichen Regelungen vor allgemeinen Rechtsprinzipien	82
a)	Ablehnung eigener Verwerfungskompetenz durch das <i>Sanctions Board</i>	83
b)	Weitreichende Korrekturmöglichkeiten durch lückenfüllende Rechtsfortbildung	83
B.	Anwendungsbereich des Sanktionsregimes	84
I.	Anwendbarkeit der Richtlinien auf das Bankprojekt.....	84
1.	Vereinbarung im Kreditvertrag	85
2.	Information der Projektbeteiligten über Sanktionsmöglichkeit.....	85
a)	Hinweis auf Vergaberichtlinien in Ausschreibungsunterlagen	86
b)	Verbreitung der Antikorruptionsrichtlinien durch Kreditnehmer	86
c)	Allgemeinere Regeln des <i>Program for Results</i>	86
3.	Anwendung der kommunizierten Definitionen bei Widerspruch zu Vereinbarung im Kreditvertrag.....	86
a)	Sanktion auf alternativer Grundlage in SBD 47.....	87
b)	Maßgeblichkeit der Ausschreibungsdokumente in SBD 59 und SBD 60.....	88
c)	Nur scheinbare Unterschiede zwischen den Definitionen von 1999 und 2004.....	89
d)	Unterschiede zwischen den Richtlinien von 2006 und ihren Vorgängerinnen.....	90
e)	Vertrauensschutz bei widersprüchlichen oder fehlenden Informationen.....	90

II.	Persönlicher Anwendungsbereich.....	91
1.	Sanktionsmöglichkeit nach Vergabe- und Antikorruptionsrichtlinien für Investitionsfinanzierung	91
a)	Möglichkeit zu Sanktion aller Bewerber um einen bankfinanzierten Auftrag gemäß den Vergaberichtlinien... ..	92
aa)	Traditionelle Unanwendbarkeit des Sanktionsregimes auf die offiziellen Beteiligten eines Vergabeverfahrens.....	92
bb)	Sanktion von Amtsträgern für privates Handeln.....	93
cc)	UN-Organisation als Mittelsmann	93
b)	Möglichkeit der Sanktion anderer nichtstaatlicher Beteiliger des Projekts gemäß den ergänzenden Antikorruptionsrichtlinien	94
aa)	Definition des Empfängers des Darlehensbetrags.....	94
bb)	Beschränkung der Sanktionsmöglichkeit auf nichtstaatliche Empfänger des Darlehensbetrags	95
cc)	Vorrang der Vergaberichtlinien	95
2.	Sanktionsmöglichkeit nach Antikorruptionsrichtlinien des <i>Program for Results</i>	96
C.	Definitionen sanktionswürdigen Fehlverhaltens.....	96
I.	Betrug.....	96
1.	Definition gemäß den aktuellen Richtlinien.....	97
a)	Wortlaut und Übersetzung der Definition	97
b)	Anpassung der Definition der Vergaberichtlinien durch Fußnoten	97
c)	Fußnote zu „ <i>knowingly or recklessly</i> “ in Antikorruptionsrichtlinien	97
2.	„Handlung oder Unterlassung, einschließlich einer falschen Tatsachenbehauptung...“	98
3.	„...die wissentlich oder leichtsinnig...“	99
a)	Geltung für Betrugsdefinitionen aller Richtlinien.....	99
b)	Erläuterung von <i>Recklessness</i> in Fußnote der Antikorruptionsrichtlinien entsprechend dem gängigen juristischen Begriffsverständnis	100
c)	Rechtsprechung des <i>Sanctions Board</i>	100

aa)	Bewusstes Ignorieren eines Risikos.....	101
bb)	Unbewusstes Verkennen eines Risikos	101
(i)	Grundsätzliche Ausführungen des Sanctions Board.....	101
(ii)	Scheinbares Ausreichen bloßer Fahrlässigkeit.....	102
(iii)	Bisher bloß theoretische Bedeutung	102
d)	Leichtsinnigkeit bei Eingehen offensichtlicher Risiken....	103
4	„... einen anderen irreführt oder irrezuführen versucht ...“	104
5.	„...um einen finanziellen oder sonstigen Vorteil zu erringen oder eine Verpflichtung zu vermeiden.“.....	105
II.	Behinderung des Sanktionsverfahrens	105
1.	Definition gemäß den aktuellen Richtlinien.....	105
a)	Wortlaut und Übersetzung der Definition	105
b)	Übertragbarkeit älterer Rechtsprechung zum Sanktionsschärfungsgrund.....	106
2.	Alternative 1: Zerstören oder Verbergen von Beweismitteln, falsche Angaben und Einschüchterung	106
a)	„Wer Beweise, die für eine Ermittlung der Weltbank wegen des Verdachts von Korruption, Betrug, Zwangsausübung oder Kollusion von Bedeutung sind, absichtlich zerstört, verfälscht, ändert oder verbirgt,“	107
b)	„... oder falsche Erklärungen gegenüber Ermittlern abgibt..“	107
c)	„... oder einen Beteiligten bedroht, belästigt oder einschüchtert, um ihn davon abzuhalten, Wissen über Umstände von Bedeutung für die Ermittlung offen zu legen oder die Ermittlung weiter zu betreiben...“	108
d)	„... um die Ermittlung erheblich zu behindern“	108
3.	Alternative 2: Behindern der Buchprüfung	109
a)	Begründung des Buchprüfungsrechts durch Vertragskette bei investitionsfinanzierten Projekten	109
b)	Freie Wahl der Verpflichtungskonstruktion durch Kreditnehmer bei <i>Program for Results</i>	110
c)	Absicht, die Buchprüfung erheblich zu behindern	111

III.	Korruption.....	112
1.	Definition gemäß den aktuellen Richtlinien.....	112
a)	Wortlaut und Übersetzung der Definition	112
b)	Einschränkung des Anwendungsbereichs auf Vergabeverfahren durch Fußnote der Vergaberichtlinien.....	112
c)	Bestimmung unangemessenen Verhaltens durch Fußnote der Vergaberichtlinien	113
d)	Erläuterung durch Fußnote zu Antikorruptionsrichtlinien	113
2.	„Anwerben, Geben, Empfangen oder Anwerben, sei es direkt oder indirekt, irgendeines werthaltigen Gegenstands.“	113
a)	Anwerben durch Versuch, Dritten zur Vorteilsgewährung an Amtsträger zu bewegen gemäß SBD 50.....	114
b)	Engere Auslegung der Definitionen von 1999 in SBD 4....	114
c)	Erweiterung des Tatbestands um indirekte Begehung ...	115
3.	„... um die Handlungen eines anderen unangemessen zu beeinflussen“	115
a)	Subjektives Merkmal.....	115
b)	Beeinflussung des Vergabeverfahrens.....	117
c)	Unangemessenheit in Antikorruptionsrichtlinien	117
IV.	Kollusion.....	118
1.	Definition gemäß aktuellen Richtlinien	118
a)	Wortlaut und Übersetzung der Definition	118
b)	Fußnote der Vergaberichtlinien zu den möglichen Beteiligten einer Vereinbarung	118
c)	Erklärung unangemessener Beeinflussung in Vergaberichtlinien.....	118
2.	„Vereinbarung zwischen zwei oder mehr Beteiligten...“	119
3.	„... die darauf gerichtet ist, einen unangemessenen Zweck zu erreichen, insbesondere die Handlungen eines anderen Beteiligten unangemessen zu beeinflussen.“	119

V.	Zwangsausübung.....	120
1.	Definition gemäß aktuellen Richtlinien	120
a)	Wortlaut und Übersetzung der Definition	120
b)	Modifikation durch Fußnote der Vergaberichtlinien.....	120
2.	Schattendasein des Tatbestands in bisheriger Rechtsprechung des <i>Sanctions Board</i>	120
VI.	Interessenkonflikte.....	121
D.	Entschuldigung und Rechtfertigung.....	122
I.	Geringe Bedeutung von Rechtfertigungsgründen	122
II.	Keine Sanktion für erzwungenes Verhalten.....	122
E.	Täterschaft und Sanktion von Unternehmensgruppen	123
I.	Sanktion für eigenes und als eigenes zugerechnetes Fehlverhalten.....	124
1.	Vorschriften im Sanktionsregime.....	124
2.	Sanktion der Betroffenen grundsätzlich nur für eigene Tatbestandsverwirklichung.....	125
a)	Eigene Tatbegehung als Sanktionsvoraussetzung nach <i>Information Note</i> und <i>Sanctions Board</i>	126
b)	Zurechnungstheorien der <i>Advisory Opinion</i>	126
3.	Zurechnung von Mitarbeiterhandeln an Unternehmen	127
a)	Unabhängigkeit der Zurechnung von nationalem Recht....	127
b)	Zurechnung nach <i>Sanctions Board</i> gemäß <i>respondeat superior</i>	128
aa)	<i>Respondeat superior</i> im <i>Common Law</i>	128
bb)	Anwendung von <i>respondeat superior</i> im Sanktionsregime.....	129
cc)	Grundsätzliche Verantwortlichkeit eines Unternehmens für Handlungen seiner Mitarbeiter innerhalb ihres Aufgabenkreises.....	130
dd)	Ausnahme bei unvorhergesehenen Handlungen Einzelner trotz ausreichender Schutzmaßnahmen.....	131
4.	Anwendung von <i>respondeat superior</i> auch außerhalb der Zurechnung von Mitarbeiterhandeln an ein Unternehmen	132

II.	Erstreckung der Sanktion innerhalb einer Kontrollbeziehung	132
1.	Vorgaben des Sanktionsregimes.....	132
a)	Grundlage für Sanktionserstreckung in Verfahrensregeln	133
b)	Hilfestellung bei Ermessensentscheidung durch Vermutungen in <i>Information Note</i>	133
aa)	Angemessene Sanktionserstreckung nach Ermessen von Board und EO.....	133
bb)	Vier Vermutungen als Leitbild der Ermessensentscheidung.....	134
cc)	Entscheidung des <i>Sanctions Board</i> anhand der Vermutungen.....	134
2.	Kontrolle über Unternehmen.....	135
3.	Regelmäßige Sanktion aller Tochterunternehmen des Betroffenen.....	135
4.	Ausnahmsweise Sanktion anderer verbundener Unternehmen	136
a)	Vorrang eigenständiger Sanktion.....	137
b)	Mitverantwortlichkeit durch Unterstützung des Fehlverhaltens.....	137
5.	Angemessenheit der erstreckten Sanktion	137
6.	Sanktionserstreckung außerhalb von Konzernsachverhalten....	138
III.	Sanktion bei Rechtsnachfolge.....	138
IV.	Sanktionen unabhängig von Rechtspersönlichkeit	139
1.	Sanktionsbeschränkung auf Geschäftsbereiche.....	139
2.	Sanktion eines Betroffenen unter mehreren Namen.....	140
F.	Verjährung des Fehlverhaltens	141
I.	Allgemeiner Verjährungsbeginn	141
II.	Besonderer Verjährungsbeginn für Vergaberichtlinien.....	141
G.	Nachweis des Fehlverhaltens.....	142
I.	Sanktion bei überwiegender Wahrscheinlichkeit von Fehlverhalten.....	142
II.	Beweislast INTs.....	143

1.	Ursprüngliche Beweislast bei INT	143
2.	Entlastungsbeweis des Betroffenen	143
3.	Keine Geständnisfiktion	144
III.	Fehlen formaler Beweisregeln	144
IV.	Überwiegend schriftliche Beweismittel.....	145
1.	Mittelbare und unmittelbare schriftliche Wiedergabe von Zeugenaussagen.....	145
2.	Überzeugungskraft der Aussagen	146
3.	Unterlagen.....	146
H.	Ermessen INTs	147
I.	Vorhersehbarkeit und Sachlichkeit der Sanktion.....	148
Kapitel 3 – Mögliche Sanktionen für Fehlverhalten		149
A.	Mögliche Sanktionsarten	149
I.	Wahl einer angemessenen Sanktionsart aus dem Katalog.....	149
1.	Spielraum des <i>Sanctions Committee</i> zur Erfindung milderer Sanktionsmöglichkeiten	150
2.	Abschließender Katalog der aktuellen Verfahrensregeln.....	150
3.	Unverbindliche Richtlinien für die Wahl der angemessenen Sanktionsart	151
II.	Rüge	151
III.	Sperre.....	151
1.	Varianten der Sperrwirkung	152
a)	Unbefristete und unbedingte Sperre – <i>Debarment for an indefinite period of time</i>	152
b)	Befristete Sperre – <i>Debarment for a definite period of time</i>	152
c)	Auflösende Bedingung der Sperre – <i>Debarment with Conditional Release</i>	153
d)	Aufschiebende Bedingung der Sperre – <i>Conditional Non-Debarment</i>	154
e)	Mögliche Bedingungen.....	155

aa)	Regelmäßiges Verlangen nach Compliance Programm.....	155
bb)	Weitere Bedingungen.....	156
cc)	Einzelanordnungen des <i>Integrity Compliance Officer</i>	156
2.	Wirkung der Sperre für Gegenwart und Zukunft.....	157
a)	Auswirkung einer Sperre auf bestehende Verträge im Anwendungsbereich der Antikorruptionsrichtlinien für Investitionsfinanzierung.....	157
b)	Nur zukünftige Wirkung für nach den Vergaberichtlinien vergebene Aufträge.....	158
c)	Verlust bestehender Verträge nach PforR-Richtlinien....	158
IV.	Wiedergutmachung.....	158
B.	Streitige Sanktionsbemessung.....	159
I.	Flexible Bemessung der Sanktion nach Umständen des Einzelfalls	159
II.	Schärfere Sanktion bei Raffinesse und Komplexität des Fehlverhaltens	161
III.	Schärfere Sanktion bei Verwicklung von Amtsträgern oder Bankmitarbeitern.....	161
IV.	Mildere oder schärfere Sanktion je nach Rang des direkt verwickelten Personals.....	162
1.	Verwicklung durch direkte Beteiligung, Billigung oder bewusstes Ignorieren	162
2.	Schärfere Sanktion bei Verwicklung der Unternehmensführung in Fehlverhalten.....	162
a)	Zugehörigkeit zur Unternehmensführung bei Entscheidungskompetenz ohne Rechenschaftspflicht gegenüber Vorgesetzten.....	163
b)	Uunausgesprochenes Erfordernis einer Personalhierarchie	164
3.	Mildere Sanktion bei Verwicklung ausschließlich niedriger Angestellter ohne Entscheidungsbefugnis	165
a)	Gleichsetzung von Entscheidungsbefugnis und Unternehmensführung in SBD 46.....	165
b)	Deutliche Unterscheidung zwischen drei Stufen der Personalhierarchie in SBD 47 und SBD 56.....	166

V.	Tatbeitrag und Verhältnismäßigkeit bei mehreren Beteiligten.....	166
1.	Grundsatz flexibler Berücksichtigung aller erheblichen Faktoren	167
2.	Rücksichtnahme auf in Kraft getretene Sanktionsempfehlungen.....	168
3.	Unerheblichkeit vergleichsweise verhängter Sanktionen.....	168
VI.	Schärfere Sanktion bei besonderem angerichteten Schaden.....	168
1.	Schaden am Projekt.....	168
2.	Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Gesundheit	169
a)	Gefahr für Leib und Leben von Personen	170
b)	Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Gesundheit	170
VII.	Nachtatverhalten	171
1.	Mildere Sanktion für Reue, Einsicht und Wiedergutmachung nach der Tat	171
a)	Freiwillige Gegenmaßnahmen	172
b)	Mithilfe bei der Ermittlung	172
aa)	Angaben gegenüber Ermittlern	173
bb)	Schuldeingeständnis.....	173
cc)	Interne Untersuchung.....	174
c)	Freiwillige Suspendierung	175
2.	Schärfere Sanktion wegen aktiver Behinderung der Bankermittlungen.....	175
VIII.	Zeitablauf.....	176
1.	Berücksichtigung der einstweiligen Sperre.....	176
a)	Einstweilige Sperre während des laufenden Sanktionsverfahrens	177
b)	Ausführungen des <i>Sanctions Board</i> zur Berücksichtigung der einstweiligen Sperre in SBD 57 und SBD 58.....	178
aa)	Wiederaufnahmeantrag der Betroffenen aus SBD 49.....	178
bb)	Ablehnung des Antrags durch das <i>Sanctions Board</i>	179
cc)	Keine Anrechnung der einstweiligen auf die endgültige Sperre	179

c)	Prognose zur Dauer eines Teils der einstweiligen Sperre.....	180
aa)	Berücksichtigung der Sperre zwischen Beratung und Veröffentlichung der Entscheidung nur als Prognose.....	180
bb)	Keine weitere Beratung vor Veröffentlichung.....	181
d)	Durchschnittliche Dauer des Verfahrens vor dem <i>Sanctions Board</i>	181
aa)	Durchschnittliche Dauer der Sanktionsverfahren.....	182
bb)	Außergewöhnlich lange Verfahren in SBD 55 und SBD 56	182
cc)	Diagramm zur Aufteilung der Verfahrensdauer	183
e)	Verzögerung des Verfahrens durch Betroffenen.....	183
aa)	Verfahrensgestaltung des Betroffenen als Grund für die Dauer der einstweiligen Sperre in SBD 55 und SBD 56.....	184
bb)	Unbenannte Vergleichsverhandlungen und Schriftsatzwechsel in SBD 51 und SBD 53	185
cc)	Unbenannte und unklare Gründe für Verfahrensdauer in SBD 54.....	185
f)	Auswirkungen der einstweiligen Sperre auf die Betroffenen.....	186
g)	Sanktionsmilderung bei außergewöhnlich langer einstweiliger Sperre und Verzögerung des Verfahrens durch die Bank.....	188
2.	Zeit bis Verfahrenseinleitung.....	189
a)	Nachteile für Verteidigungsmöglichkeiten des Betroffenen bei langer Verfahrensdauer	189
b)	Erheblichkeit der verstrichenen Zeit.....	190
aa)	Berücksichtigung der seit der Tat vergangenen Zeit kurz vor ihrer Verjährung	190
bb)	Berücksichtigung zu langer Ermittlungen der Weltbank	191
3.	Zwischenzeitliche Veränderungen eines Unternehmens	193

IX.	Mehrere Fälle von Fehlverhalten	193
1.	Vorgaben des Sanktionsregimes.....	194
a)	Regelung in älteren Verfahrensregeln.....	194
b)	Wahlfreiheit nach aktuellen Sanktionsrichtlinien.....	194
2.	Wiederholtes Verhaltensmuster bei zusammenhängender Häufung von Fehlverhalten.....	195
a)	Kein <i>repeated pattern</i> wegen mehrerer Fälschungen in einem Gebot	195
b)	<i>Repeated pattern</i> durch mehrfaches Einreichen mehrerer Fälschungen	196
c)	Ein Fall von Betrug bei mehrfachem Wiederholen derselben Falschbehauptung	197
d)	Schärfung wegen Wiederholung bei mehrfacher Verwirklichung anderer Tatbestände sanktionswürdigen Fehlverhaltens	197
e)	Unbenannte Berücksichtigung schlichter Wiederholungen innerhalb eines Betrugsfalls.....	199
3.	Kumulative Sanktion zusammenhanglosen Fehlverhaltens	199
X.	Anderweitige Sanktionen des Betroffenen.....	201
XI.	Darlegungs- und Beweislast des Betroffenen.....	201
C.	Vergleichsweise Einigungen	202
I.	Einigung auf Abschluss oder Aufschub des Verfahrens durch Vergleich	202
1.	Wirkungen des echten Vergleichs	203
2.	Informelle und ungeregelte Einigung über SAE.....	203
II.	Inkrafttreten des Vergleichs nach Bestätigung durch EO	204
III.	Bindung an Empfehlung des EO	205
1.	Geminderter Nutzen einer Einigung nach Bestätigung der Vorwürfe durch den EO	205
2.	Angemessenheit eines Unterschreitens der Empfehlung nur bei neuen Umständen.....	206

3.	Unterschreitung der Sanktionsempfehlung mithilfe des <i>Sanctions Board</i> in SBD 51	206
a)	Ergebnislose Verhandlungen nach Erlass der <i>Notice</i> in Fall Nr. 145	207
b)	Würdigung des Falles und Sanktionsbemessung unabhängig von Einigung	208
c)	Sanktion fast wie im Mai 2011 vereinbart	208
d)	Erklärung zum Ausnahmefall in SBD 57	209
IV.	Überwachung der Erfüllung des Vergleichs durch INT	210
D.	Gleichheit der Betroffenen	210
I.	Absicht des <i>Sanctions Board</i> zur sachlichen Gleichbehandlung aller Betroffener	210
II.	Möglicherweise Berücksichtigung außergewöhnlicher Härtefälle	211
1.	Fallübergreifende Gerechtigkeit durch Sanktion entsprechend der sachlichen Vorgaben	211
2.	Bisheriges Fehlen außergewöhnlicher Umstände	212
III.	Einfluss der Unternehmensgröße auf Anrufung des <i>Sanctions Board</i>	212
1.	Vergleiche mit Unternehmen aller Größen	212
2.	Streitige Sanktionen durch Unternehmen aller Größen	213
3.	Insbesondere: Sanktion von Larsen & Toubro	214
E.	Angemessenheit der Sanktionen	215
Kapitel 4 – Staatliche Umsetzung der Sanktionen		217
A.	Vertragliche Umsetzungspflicht der Kreditnehmer	217
I.	Pflicht zur Umsetzung der Sanktion im Kreditvertrag	218
1.	Ausschluss nationaler Vergabesperren bei Bankprojekten	218
2.	Kein Spielraum für Umsetzung der Banksanktion	218
3.	Kein Sekundärrechtsschutz außerhalb des Sanktionsverfahrens	219
II.	Anspruch auf Rechtsschutz nach nationalem Recht	220

III.	Rechtsschutzgarantie des Völkerrechts.....	222
1.	Anwendbarkeit der EMRK auf Pflichterfüllung gegenüber der Weltbank	223
a)	Ausnahme von staatlicher Haftung bei Organleihe.....	224
b)	Einschränkung der Kontrollfunktion des EGMR – Bosphorus	225
aa)	Voraussetzungen nach <i>Bosphorus</i> und <i>Michaud</i>	225
bb)	Vermutung gleichwertigen Schutzes durch EU und EuGH.....	226
cc)	Unzureichender Schutz der Konventionsrechte durch die Weltbank.....	227
c)	Verhältnismäßige Einschränkung einzelner Konventionsrechte bei Erfüllung völkerrechtlicher Pflichten.....	228
2.	Unanwendbarkeit der Konventionsgarantien für staatliche Strafe und Strafverfahren.....	229
a)	Kriterien des EGMR.....	230
aa)	Vergeltung begangenen Unrechts als Wesensmerkmal der Strafe	230
bb)	Anwendung der Konventionsgarantien nur auf staatliche Kriminalstrafe	231
cc)	Eingeschränkter Gestaltungsspielraum der Konventionsparteien	232
b)	Beurteilung nationaler Auftragssperren.....	232
c)	Keine Strafe durch Banksanktion selbst	233
d)	Keine Strafe durch Umsetzung der Banksanktion.....	235
3.	Recht auf Zugang zu Gericht für zivilrechtliche Ansprüche gegen den Kreditnehmer wegen des Ausschlusses	236
a)	Verbot willkürlichen Ausschlusses	236
b)	Sanktionsentscheidung der Bank als potentiell sachlicher Grund für Ausschluss.....	237
c)	Zuordnung möglicher Ansprüche zum Zivilrecht	238
d)	Zugang zu Gericht schon bei vertretbar begründbarem Bestehen eines Anspruchs.....	238

4.	Subsidiarität des Rechts auf wirksame Beschwerde	239
5.	Einschränkung der Umsetzungspflicht zugunsten des Anspruchs auf Rechtsschutz	239
6.	Rechtfertigung einer Einschränkung des Zugangs zu Gericht....	241
B.	Immunität der Bank.....	241
I.	Immunität der Bank für ihre Sanktionstätigkeit.....	242
1.	Wortlaut der Bankstatuten	242
2.	Auslegung der Bankstatuten.....	243
a)	Gutachten des IGH nur auf Wunsch der Bank	243
b)	Interpretation der Gründungsdokumente durch Bankorgane.....	244
c)	Entscheidung nationaler Gerichte	245
d)	Auslegung nach Regeln des Völkerrechts	246
3.	Funktionale Immunität der Weltbank für ihr Sanktionsregime.....	247
a)	Funktionale Begründung der Immunität internationaler Organisationen	247
b)	Zulässigkeit von Klagen über Finanzierungstätigkeit der Bank	248
c)	Gefährdung des Sanktionsregimes durch mitgliedstaatliche Kontrolle	249
4.	Unbedingtheit der Immunität	250
5.	Verzicht im Einzelfall.....	252
II.	Anspruch der Unternehmen auf Zugang zu Gericht für Klagen gegen die Bank.....	252
1.	Vertretbar begründbare zivilrechtliche Ansprüche Sanktionierter gegen die Bank.....	253
2.	Hoheitsgewalt des Staates trotz völkerrechtlicher Immunität der Bank	255
3.	Zeitliche Reihenfolge der Beitritte zu EMRK und Weltbank	256
III.	Vermeidung einer Pflichtenkollision durch angemessenen Rechtsschutz im Sanktionsregime	257

Kapitel 5 – Prüfung der Sanktion durch das Sanctions Board	259
A. Zugang zum <i>Sanctions Board</i> zur Überprüfung der öffentlichen Banksanktion	259
I. Zuständigkeit zur vorherigen Kontrolle der öffentlichen Banksanktion	259
II. Form- und Fristvorschriften	260
1. Schriftliche Form der Erwiderung in englischer Sprache	260
2. Entscheidung des Betroffenen über Inhalt der Erwiderung	261
3. 90 Tage Frist ab Erhalt der <i>Notice of Sanctions Proceedings</i>	261
4. Aussetzung des Verfahrens für Vergleichsverhandlungen	262
5. Realistische Möglichkeit der Fristwahrung durch den Betroffenen	262
a) Zustellung durch Übergabe an Betroffenen oder Vertreter	262
b) Fingierte Zustellung	263
c) Wiedereinsetzungsverfahren bei Fristversäumung	263
III. Beteiligung gleich- oder höherrangiger verbundener Unternehmen am Sanktionsverfahren	264
B. Fairness des Verfahrens	264
I. Anforderungen der EMRK	264
II. Rechtliches Gehör	265
1. Ausnahmsweise Gestattung neuen Vortrags	265
2. Vortrag in der Anhörung	266
a) Anforderungen an Antrag auf Anhörung	266
b) Gelegenheit zum Vortrag für Betroffenen und INT	267
c) Ausnahmsweise Anhörung nur einer Partei	267
d) Vertretung und Beratung der Beteiligten in der Anhörung	268
e) Grundsätzliche Beschränkung des Vortrags auf Erörterung der Schriftsätze	269
f) Einlassungen von Zeugen und Betroffenem	269
g) Auskunftspflicht des Betroffenen	270

III.	Waffengleichheit.....	270
1.	Objektive Ermittlung INTs	271
a)	Konzeption INTs als objektiver Gegenspieler der Betroffenen	271
b)	Allgemeine Richtlinien im <i>Uniform Framework</i>	271
c)	Umfassende Darstellung des Falles im SAE.....	272
d)	Belehrung der Betroffenen vor der Befragung.....	273
2.	Grundsatz der Übermittlung aller be- und entlastenden Beweise.....	273
a)	Fehlendes Bedürfnis nach <i>Discovery</i>	274
b)	Vorlage entlastender Beweise auf Verlangen des <i>Sanctions Board</i>	274
c)	Informationen aus anderen Verfahren	275
3.	Einschränkung des Rechts des Betroffenen auf Einsicht in belastende Beweismittel.....	276
a)	Vorgaben der EMRK.....	276
b)	Eingeschränkte Einsichtnahme (<i>in camera</i>).....	276
c)	Schwärzungen durch INT	277
d)	Zurückhalten sensibler Beweismittel	278
4.	Verwertungsverbote.....	279
5.	Angemessenes Beweismaß.....	279
IV.	Gleichheit vor Gericht	280
V.	Wiederaufnahmeverfahren	281
1.	Schwere Fehler im Ursprungsverfahren.....	281
2.	Neue Beweismittel.....	282
3.	Außergewöhnliche Folgen der Sperrentscheidung.....	282
C.	Verfahren in angemessener Frist	283
I.	Vorgaben der EMRK für Strafverfahren in angemessener Frist	283
II.	Ähnlichkeit der Praxis des <i>Sanctions Board</i> zur Berücksichtigung einer Verfahrensverzögerung in Strafverfahren.....	284
III.	Beurteilung des <i>Sanctions Board</i> nur nach den Maßstäben für Zivilverfahren.....	284

D. Öffentlichkeit des Verfahrens	285
I. Grundsätzliche Nichtöffentlichkeit der Anhörung	285
1. Nichtöffentlichkeit gemäß Verfahrensregeln	286
2. Recht auf öffentliches Gerichtsverfahren gem. Art. 6 Abs. 1 EMRK	286
3. Unzulässigkeit kategorischer Nichtöffentlichkeit	287
a) Theoretische Möglichkeit eines Wunschs des Betroffenen nach Öffentlichkeit	287
b) Legitime Interessen der Weltbank am Ausschluss der Öffentlichkeit	288
c) Herstellung der Öffentlichkeit auf Antrag eines Betroffenen	288
II. Veröffentlichung der Entscheidungen im Volltext	289
1. Identifikation bei Sanktion	289
2. Nur potentielle Identifizierbarkeit ohne Sanktion	290
a) Anonymität nicht sanktionierter Betroffener	290
b) Unbedeutender Transparenzverlust durch Anonymität	291
E. Unabhängigkeit und Gesetzlichkeit des <i>Sanctions Board</i>	291
I. Anforderungen der EMRK an ein unabhängiges Gericht, das auf Gesetz beruht	291
II. Besetzung des <i>Sanctions Board</i> mit Bankangehörigen und Außenstehenden	292
1. Regelmäßige Besetzung mit drei Bankangehörigen und vier Außenstehenden	293
2. Je zwei interne und zwei externe alternierende Mitglieder für IFC, MIGA und Bankgarantieprojekte	294
3. Sekretariat des <i>Sanctions Board</i>	294
III. Institutionelle Sicherung der Unabhängigkeit des <i>Sanctions Board</i>	294
1. Pflicht zu unabhängiger Arbeit laut Verhaltenskodex für Boardmitglieder	295
2. Rechtliche und tatsächliche Entscheidungskompetenz	295
a) Beurteilung des Falls unabhängig von Empfehlung des EO	296

b)	Keine Einmischung des <i>Independent Advisory Board</i>	296
c)	Eigenständige Auslegung des Sanktionsregimes.....	296
3.	Distinguierte Karrieren als Vorbeugung gegen Beeinflussung.....	297
4.	Ausscheiden aus dem Amt.....	298
a)	Regelmäßige Amtszeit von drei Jahren.....	299
b)	Vorzeitiges Ausscheiden externer Mitglieder.....	299
c)	Abberufen interner Mitglieder.....	299
d)	Vorschlag LEGs: einmalige, sechsjährige Amtszeit.....	300
e)	Bedeutung der Amtszeit der Richter für Unabhängigkeit eines Gerichts nach der EMRK.....	300
IV.	Zusammensetzung des <i>Sanctions Board</i> bei Entscheidung einzelner Fälle.....	301
1.	Einberufung des <i>Sanctions Board</i> durch den Vorsitzenden als große oder kleine Besetzung	301
a)	Ausschließlicher Einsatz der großen Besetzung.....	301
b)	Bedeutungslosigkeit der Gremien.....	302
aa)	Einberufung der Gremien und Regelung ihrer Zuständigkeit durch den Vorsitzenden.....	302
bb)	Bisher auf Reformdiskussionen begrenzte Bedeutung der Gremien	303
cc)	Ratsame Klarstellung zur Geschäftsverteilung nach abstrakten Kriterien.....	304
c)	Auswahl alternierender Mitglieder durch den Vorsitzenden.....	304
2.	Regelung zu Interessenkonflikten.....	305
V.	Beseitigung verbleibender Zweifel an der Unabhängigkeit des <i>Sanctions Board</i> durch nachprüfbare Arbeitsweise.....	306
1.	Angestrebte Unabhängigkeit	306
2.	Gewährleistung unabhängiger Arbeit durch öffentliche Kontrolle	307
3.	Unbegründetheit vernünftiger Zweifel an der Unabhängigkeit bei Gesamtbetrachtung.....	307

F. Angemessenheit des Rechtsschutzes durch das <i>Sanctions Board</i>	308
I. Vernünftige Alternative zu staatlichen Gerichten	309
1. Faires Verfahren vor unabhängigem Gremium	309
2. Effektivität des Rechtsschutzes.....	309
II. Angemessenheit der Einschränkung von Art. 6 Abs. 1 EMRK.....	310
1. Maßstab aus <i>Waite und Kennedy</i>	310
2. Alternativer Rechtsschutz bei Staatenimmunität.....	311
3. Nationale Gerichtsentscheidungen.....	311
Kapitel 6 – Rechtsschutz gegen andere Maßnahmen.....	313
A. Ermessenskontrolle durch das <i>Sanctions Board</i>	313
I. Überprüfung von Entscheidungen des <i>ICO</i>	313
1. Entscheidung über Eintritt oder Nichteintritt einer Bedingung.....	313
2. Einleitung des Überprüfungsverfahrens durch fristgerechten Antrag des Betroffenen	314
3. Überprüfung auf Ermessensmissbrauch.....	315
4. Entscheidung des <i>Sanctions Board</i>	315
II. Überprüfung von Entscheidungen INTs zur Auslegung und Erfüllung eines Vergleichs.....	316
III. Überprüfung einer Einstufung als Rechtsnachfolger des Sanktionierten	316
IV. Überprüfung der Einstufung als untergeordneter <i>Affiliate</i>	317
V. Unmöglichkeit einer Bewertung ohne Praxis	317
B. Rechtsschutz gegen einstweilige Sperren.....	317
I. Überprüfung der einstweiligen Sperre und der <i>Notice of Sanctions Proceedings</i> durch EO.....	318
1. Regelmäßige einstweilige Sperre des Betroffenen ab Erlass der <i>Notice of Sanctions Proceedings</i>	318
2. Erklärung des Betroffenen.....	319
3. Reaktion des EO auf die Erklärung.....	319
a) Entscheidungsfrist	319
b) Änderung der Sanktionsempfehlung	319

c)	Aussetzung der einstweiligen Sperre	320
d)	Rücknahme der <i>Notice</i>	321
II.	Entscheidung über frühe einstweilige Sperre	322
1.	Voraussetzung einer voraussichtlich mindestens zweijährigen Sperre in der Hauptsache.....	322
2.	Begrenzte Dauer der frühen einstweiligen Sperre.....	323
3.	Antrag auf Aufhebung der Sperre an den EO.....	323
4.	Geringe Bedeutung in der bisherigen Sanktionspraxis	323
III.	Unzuständigkeit des <i>Sanctions Board</i> zur Kontrolle der EO-Entscheidungen	324
IV.	Unzureichende Unabhängigkeit des EO.....	324
1.	Pflicht zu unparteiischer Arbeit auf Abruf unter Kontrolle des Präsidenten	325
a)	Konzeption der EO-Position in der Sanktionsreform 2004.....	325
b)	Grundsatz unparteiischer Arbeit des EO nach <i>Terms of Reference</i>	325
c)	Integration in die Bankverwaltung unter Kontrolle des Präsidenten.....	326
2.	Abstimmung allgemeiner Rechtsansichten mit INT und LEG	327
3.	Fehlen öffentlicher Kontrolle des EO	327
V.	Rechtsschutzdefizite durch Immunität der Bank ohne interne Kontrolle des EO	328
1.	Möglichkeit zivilrechtlicher Ansprüche gegen die Weltbank wegen einstweiliger Sperre	328
2.	Fehlen unabhängigen Rechtsschutzes innerhalb der Bank.....	329
3.	Keine Erforderlichkeit der Rechtsschutzverweigerung	329
4.	Möglichkeit gerichtlicher Intervention	330
VI.	Denkbare Änderungen in der kommenden Sanktionsreform.....	330
1.	Reformvorschlag von LEG.....	331
2.	Vorteile der gegenwärtigen Struktur des Verfahrens vor dem EO.....	331
3.	Schließen der Rechtsschutzlücke gegen EO-Entscheidungen....	332

4.	Entschädigung für Schaden durch einstweilige Sperre bei nachträglicher Kontrolle	333
5.	Gerichtlicher Rechtsschutz im Voraus.....	333
Kapitel 7 – Ergebnisse und Ausblick.....		335
A.	Verbleibende Probleme.....	336
I.	Vorgehen gegen Amtsträger	336
II.	Bedingte Sperren	337
III.	Gremien und Amtszeit	337
IV.	Einstweilige Sperre und Verfahrensdauer	338
B.	Bedeutung für Menschenrechtsschutz in internationalen Organisationen.....	338